



### Themen dieser Ausgabe:

- *Haushaltskonsolidierung der Kommunen*
- *HSH-Nordbank – Aufarbeitung*
- *„Haushaltsstrukturkommission*
- *Landeswahlgesetz*
- *Hebammenberufspflichtversicherung*
- *Sicherungsverwahrung von Straftätern*
- *Bibliotheksgesetz*
- *Archivwesen*
- *Kartografierung privater Funknetze*
- *Unterrichtsversorgung mit Hamburg*
- *Religionsunterricht/ Ethikunterricht*
- *„Mittelstandsoffensive“*
- *Abgeordnetengesetz*
- *Frauenquote*

### Haushaltskonsolidierung der Kommunen

Die erste Stunde im Plenum wurde von der heftigen Debatte zur Haushaltskonsolidierung der Kommunen bestimmt.

Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen an der miserablen Finanzlage der Kommunen hat sich die Debatte um Einnahmen- und Ausgabenseite des Sparpaketes verschärft. Die regierungstragenden Fraktionen legten den Schwerpunkt auf eine Kürzung der Ausgaben und die Reform der Verwaltungsstruktur. Die Opposition argumentierte geschlossen gegen die

Sparmaßnahmenpolitik der Koalition auf der Ausgabenseite und plädierte auch zur Entlastung der BürgerInnen gegen weitere Kürzungen im Sozialbereich. Um den Finanzausgleich der Kommunen herbeizuführen, gab Innenminister Klaus Schlie (CDU) den Kommunen den Rat auf den Weg, sie sollten auf Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsstrukturreformen setzen. Damit schickte er ein klares Signal voraus; die Kommunen sollen Sparmaßnahmen bei Sozialleistungen und Personal vornehmen. Von den Forderungen der Opposition zu Besteuerung der oberen Einkommen und einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer wollte die schwarz-gelbe Koalition nichts wissen.

Wer auf Milliarden Steuereinnahmen verzichtet, dient allein seiner eigenen Klientel. „Diese Schonpolitik der Koalition für Wohlhabende schadet unserer Gesellschaft erheblich und verschärft noch mehr die Diskrepanz zwischen arm und reich“, sagte Heinz-Werner für DIE LINKE in seiner Rede.

Angesichts parteipolitischer Interessen der Koalition CDU/FDP bleibt nun den Kommunen nichts anderes übrig, als sich selbst zu helfen. Aufgrund begrenzter Handlungsmöglichkeiten werden sie praktisch dazu gezwungen Personal abzubauen. Heinz-Werner warnte daher dringend davor, das Land nicht kaputt zu sparen, und noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken.



### Veranstaltungshinweis zur Landeskonferenz der Partei:

#### **Kommunen in Not! – Nein zu perspektivloser Rotstiftpolitik – Ja zum Schutzschirm für die Kommunen**

Die finanzielle Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung erfordert einen breiten und gemeinsamen öffentlichen Widerstand. Ziel der Veranstaltung ist Ideen für Protestaktionen zu sammeln und ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf Forderungskataloge, Anträge und Pressearbeit zu vereinbaren.

**24. Juli 2010 10: 00 - 16: 00 Uhr ; Neumünster, Kiek In**

### HSH – Nordbank: Transparenz nicht erwünscht

Auf Antrag von Bündnis 90/DIE Grünen und der LINKEN diskutierte der Landtag über die Informationspolitik der ehemaligen Landesbank. Diese ist seit 2003 mit der Hamburger Landesbank fusioniert. Ziel war der Börsengang. Nunmehr untersucht ein Ausschuss, wie es zu der Schieflage der Bank 2008/2009 kommen konnte, die für die Schleswig-Holsteinischen SteuerzahlerInnen sehr teuer war. Die von der HSH Nordbank für den Ausschuss zur Verfügung gestellten Akten wurden auf Wunsch der Bank als „VS – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Eine der Folgen: Herr Emde von Freshfield konnte dem Schleswig-Holsteinischen Ausschuss nur in nicht-öffentlicher Sitzung Rede und Antwort stehen, obwohl er nur drei Tage vorher beim Hamburger Untersuchungsausschuss – übrigens zum zweiten Mal – in öffentlicher Sitzung ausgesagt hat. „So gerät der Ausschluss in SH immer mehr zu einem Geheimausschuss“, kritisierte Uli Schippels für die Fraktion DIE LINKE. In dem gemeinsamen Antrag sollte die Landesregierung aufgefordert werden, auf die HSH Nordbank hinzuwirken, bestimmte Unterlagen zu veröffentlichen. Schließlich habe die Öffentlichkeit ein Recht darauf, umfassend über die politische Verantwortung, die zum Fast-Bankrott der HSH Nordbank geführt hat, informiert zu werden. Ohne die SteuerzahlerInnen würde es ja die Bank gar nicht mehr geben. Die anderen Landtagsfraktionen wollten dem Antrag bedauerlicher Weise nicht folgen.

## „Widerstand lohnt sich!“

Die Landtagsfraktion freut sich mit der Lübecker Bevölkerung über einen großartigen Erfolg:

### Uni Lübeck bleibt!

Antje Jansen, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion sagte dazu: „Es ist jetzt zu sehen, dass ein gemeinsamer, massiver Protest in der Lage ist, die Landesregierung aus ihren Kürzungsträumen zu reißen. Widerstand lohnt sich. Das ist Ermutigung für alle Menschen, die schwarz-gelb in die Arbeitslosigkeit treiben will.“

Ich kämpfe  
für die  
**UNI**  
Lübeck

Das ist vorbildlich für alle Organisationen, die schwarz-gelb in die Pleite schicken will. Das ist Ansporn zu weiteren Aktivitäten für alle Gruppen, die schwarz-gelb zur Kasse befehlen will, um ihre Klientel mit weiteren Steuersenkungen zufrieden zu stellen.“ Die Landtagsfraktion wird gegen die schädliche Kürzungspolitik der Landesregierung, die Schleswig-Holstein ruiniert, weiter Position beziehen und nach ihren Kräften dem Widerstand im Parlament Gehör verschaffen. Für die Landesregierung wird es jetzt schwerer werden, die Uniklinik zu privatisieren und den wirtschaftswissenschaftlichen Zweig der Flensburger Universität zu schließen. **Auch hier braucht das Land weiter das Engagement der Bürgerinnen, Bürger und Beschäftigten!**



## Geheimpapier der „Haushaltsstrukturkommission“ – Kosten des Sparens werden vorenthalten

Auf Antrag der Grünen diskutierte der Landtag über die Arbeit der „Haushaltsstrukturkommission“. Diese war von der Landesregierung Ende letzten Jahres eingerichtet worden, um Sparvorschläge auszubrüten. Auch der Präsident des Landesrechnungshofs, der eigentlich andere Aufgaben hat, hat an den Beratungen

teilgenommen. Inzwischen ist die Liste der Grausamkeiten bekannt, mit der CDU und FDP das Land ruinieren wollen. Nicht bekannt sind aber die Analysen, Arbeitsunterlagen, Risikoabschätzungen, auf Grund derer die Kommission ihre Vorschläge entwickelt hat. Schon jetzt ist nur zu deutlich, dass die Risiken und Nebenwirkungen der Kahlschlagpolitik erheblich sind. Jede Einsparung geht auch mit geringeren Einnahmen einher. Deshalb ist es wichtig, alle Fakten auf den Tisch zu legen, um auch die Risiken der Kahlschlagpolitik diskutieren zu können.

In der Landtagsdebatte legten CDU und FDP schnell noch einen Änderungsantrag vor. Demnach sollen nicht alle, sondern nur einige ausgewählte Analysen im Zuge der Haushaltsberatungen dem Landtag vorgelegt werden. Und welche, das bestimmen selbstverständlich diejenigen, die die Papiere kennen, also die sogenannte „Haushaltsstrukturkommission.“ Es ist also nicht weit her mit Offenheit und Transparenz. Bei so viel Dilettantismus wundert das aber auch nicht.

## Landeswahlgesetz - Wahlrecht ab 16 bei Landtagswahlen

Die Bremische Bürgerschaft hat es vorgemacht und auch DIE LINKE hält es für richtig, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Vom allgemeinen Wahlrecht werden einige Menschen in unserem Land ausgeschlossen, unter anderem aufgrund ihres Alters. Diese Einschränkung sollte immer wieder einer kritischen Prüfung unterzogen werden. In vielen Gremien und Gesprächen konnten wir uns davon überzeugen, dass die meisten Jugendliche mit 16 Jahren durchaus in der Lage sind sich eine fundierte Meinung zu bilden. Wenn man sieht mit welchen Argumenten („Wir dürfen die jüngeren Generationen nicht weiter belasten“) seit Jahren an der Bildung gespart wird, dann ist eindeutig, dass Jugendliche lieber selber ihre Meinung vertreten sollten. Ausserdem ist durch die Verlängerung von Legislaturperioden das Erstwahlalter in den vergangenen Jahren angestiegen – ein weiteres Argument dafür hier mehr Generationengerechtigkeit herzustellen. Der Landtag wird im Innen- und Rechtsausschuss weiter darüber beraten, obwohl es wenig Chancen auf eine Veränderung gibt, weil CDU und FDP beide gegen eine Änderung sind.

## Erhalt der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe

Bereits im Juni hatte Ranka Prante eine kleine Anfrage zur Arbeit der Hebammen vor dem Hintergrund formuliert, dass die Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen auf eine Jahresprämie von ca. 4.000 € ansteigen soll.

In deren Beantwortung lehnte die Landesregierung jegliche Unterstützung der Hebammen von staatlicher Seite ab. Dies führte im Rahmen der Plenartage zu heftigen Debatten. Ranka Prante forderte den Sozialminister auf, endlich Verantwortung zu übernehmen.



Der Grund der Erhöhung der Berufshaftlichbeitragsenerhöhung zum 1. Juli um 203 % für eine freiberufliche Hebamme in Vollzeit, ist nicht die ansteigende Zahl von Schadensfällen. Vielmehr sollen Folgekosten für lebenslange Pflege und Schadensersatz abgedeckt werden. Dies sei aber Aufgabe von Gesundheitspolitik und nicht der Hebammen, so Prante. Sie forderte daher einen Haftungsfonds für alle Heilberufe, damit das Risiko von Behandlungsfehlern aufgefangen werden könne. Zudem müssten Art und Umfang der Vergütung von der Hebammenhilfe verbindlich festgelegt werden. Zumindest wurde ein Antrag auf Erhalt der freiberuflichen, wohnortnahen Geburtshilfe in den Ausschuss überwiesen, so dass das Thema von Schwarz-Gelb erst einmal nicht ignoriert werden kann.

## FRAKTION VOR ORT

Vom 19. bis 23. Juli 2010 sind Abgeordnete der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der Landtagsfraktionen Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns von Rügen bis Fehmarn entlang der Küste unterwegs, um die Bürgerinitiativen zu unterstützen und mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.



Die Fraktion DIE LINKE tritt entschieden gegen den Bau einer festen Fehmarnbeltquerung ein! Eine Brücke oder ein Tunnel zwischen der Ostseeinsel Fehmarn und der dänischen Insel Lolland hat es in sich: Diese 19 Kilometer lange Verbindung wäre mit über zehn Milliarden Euro das teuerste Verkehrsprojekt Europas und ist mit dramatischen Folgen für Mensch und Umwelt verbunden.

**Genauer Aktions- und Ortsplan unter:**

[www.linksfraktion.de/beltquerung](http://www.linksfraktion.de/beltquerung)

## Sicherungsverwahrung

Das Thema Sicherungsverwahrung von Straftätern nach Abbüßen der Strafe wird momentan bundesweit diskutiert. Am Donnerstag musste die Landesregierung über die Diskussionen zu diesem Thema auf der Innenministerkonferenz im Juni in Hamburg dem Landtag Bericht erstatten. So berichtete der Justizminister, dass erste Eckpunkte zum weiteren Verfahren mit Sicherheitsverwahrten vorgestellt wurden und die elektronische Fußfessel für Straftäter in Schleswig-Holstein momentan geprüft werde. Hintergrund ist, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der Menschenrechtsklage eines deutschen Gefangenen entsprochen hat und der deutschen Rechtsprechung in diesem Bereich damit einen Rüffel erteilte. Der Gefangene war mit Hilfe eines neuen Gesetzes nachträglich zu Sicherungsverwahrung verurteilt worden, ohne dass geklärt wurde wie lange diese andauern soll. Diese Praxis wurde als rechtswidrig eingestuft.

„Die Rüge des Gerichtshofes zwingt uns endlich dazu, zukünftig genauer hinzusehen, wenn wir vorschnell dabei sind die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung über die Freiheitsinteressen von Individuen zu setzen. Es ist klar, dass die Menschen vor Wiederholungstätern geschützt werden müssen, aber das gibt uns nicht das Recht, Menschen länger einzusperren, als sie rechtskräftig für eine Straftat verurteilt wurden. Der Strafvollzug hat das Ziel Menschen zu befähigen einen Platz in der Gesellschaft einzunehmen und einen konstruktiven Beitrag für das Allgemeinwohl zu erbringen. Wir müssen mehr therapeutische Maßnahmen im Strafvollzug bereitstellen. Ein Straftäter kann in Deutschland nicht nachträglich für ein bereits verbüßtes Verbrechen ein zweites Mal bestraft werden. Psychologisch auffällige Wiederholungstäter gehören ohnehin in geschlossene therapeutische Einrichtungen,“ so Heinz-Werner Jezewski in seiner Rede.



## Bibliotheksgesetz

Der SSW hat hier ein sinnvolles Gesetz eingereicht, das einerseits das bestehende Bibliothekswesen in Schleswig-Holstein stärkt und ihm andererseits eine klare rechtliche Grundlage gibt. DIE LINKE

unterstützte diesen Gesetzesentwurf natürlich; aber nicht ohne noch einmal festzuhalten, dass die Bibliotheken in Schleswig-Holstein nicht nur einen kulturellen und bildungspolitischen Auftrag haben, sondern auch Medienkompetenzen stärken müssen und insbesondere bildungsferne Schichten zur Nutzung ihrer Angebote ermutigen sollten.



## Das Archivwesen in Schleswig-Holstein

Weil eine Anfrage des SSW zum Archivwesen erstaunlich ehrlich und offen beantwortet wurde, kamen auch in diesem Bereich Missstände zu Tage, die das Produkt mehrerer Sparrunden in diesem Bereich sind. Die Lage des Archivwesens in Schleswig-Holstein, das zeigt der Bericht ganz deutlich, ist dramatisch. Zu wenig Personal, zu wenig Ressourcen, zu wenig Geld. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Wer glaubt, dass die Landesregierung nach diesem Bericht daran etwas ändert, ist naiv.

## Zusammenarbeit mit Hamburg bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung

Klare Vereinbarungen in Sachen Schule und Bildung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein müssen in vielerlei Hinsicht getroffen werden. Eine verbindliche Regelung über das Gastschulabkommen steht noch immer aus. Unsicherheit bei allen Beteiligten ohne Aussicht auf Klärung ist vorherrschend. In diesem Zusammenhang ist auch der besprochene Antrag der SPD zu sehen. Es geht dabei um LehrerInnen, die ihr erstes Staatsexamen absolviert haben aber nicht direkt anschließend ein Referendariat in Schleswig-Holstein erhalten. Oftmals erhalten sie für diese Zeit eine Vertretungsstelle in Hamburg. Den LehrerInnen sollten durch diese vorübergehende Tätigkeit in einem anderen Bundesland keine Nachteile für die Anwärtschaft im öffentlichen Dienst entstehen, so der diskutierte Antrag. Die LINKE unterstützt die Idee des grenzüberschreitenden Unterrichtens. LehrerInnen sollten dort eingesetzt werden dürfen, wo sie gerade gebraucht werden, ohne dabei durch Landesgrenzen gehindert zu werden. Deshalb muss im Sinne aller Beteiligten zügig eine Lösung gefunden werden, die Benachteiligungen im Bereich der Unterrichtsversorgung auszugleichen, die über bloße Gespräche hinaus geht.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein beabsichtigt, ab 2011 das Landesblindengeld um 50 % zu kürzen und damit einen dramatischen Einschnitt in die Lebensqualität blinder Menschen im Land vorzunehmen. Eine Kürzung des Landesblindengeldes verletzt das Grundrecht auf ein selbstbestimmtes Leben blinder Menschen und schließt ihre gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben aus. Der Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein benötigt hier weitere Unterstützung unter [www.bsvsh.org](http://www.bsvsh.org)



#### Externer Aufruf:

***Wir sparen nicht für eure Krise - Schleswig-Holstein für Alle!***

***Wir rufen auf, zur ersten Lesung des Landeshaushaltes am 8./9./10. September einen Aktionstag durchzuführen, zu dem ALLE ZUSAMMEN für die Zukunft des Landes demonstrieren, streiken und beraten.***

***Die Kürzungspolitik der Landesregierung schädigt Alle. Jetzt sollen sich Alle gemeinsam wehren.***

***2. Beratungstreffen für die gemeinsame Fortsetzung der Proteste:  
Am 07.08.2010 um 10 Uhr  
Ort: Pumpe Kiel  
Anmeldung bis zum 06.08.2010***

***Unter [herrmann-kiel@t-online.de](mailto:herrmann-kiel@t-online.de) oder  
Telefon 0431 528632  
(Aufzeichnung).***

### **Resümee der Veranstaltung zur Studie über die Deportation der Sinti und Roma in der Pumpe**

Trotz des großartigen Wetters fanden sich etwa 50 Interessierte am Abend des 1. Juli in der Pumpe in Kiel zusammen, um sich einer historischen Weiterbildung zu unterziehen.

Vier Veranstalter (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Landesverband Deutscher Sinti und Roma e.V. und wir) kooperierten, um die Vorstellung einer Studie zu Deportationen von Sinti und Roma im Mai 1940 zu ermöglichen. Das Ewald-Weiss-Trio unterstützte die Veranstaltung mit musikalischen Beiträgen.

Nach Grußworten unseres Fraktionsvorsitzenden Heinz-Werner Jezewski und dem Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Wulf Jöhnk stellte der Historiker Marut Perle seine Studie vor. Die Studie enthält vor allem neue Erkenntnisse zur Quellenlage und zu den genauen Abläufen und Verantwortlichen der Deportationen von norddeutschen Sinti und Roma in die Vernichtungslager der Nazis. Wer die Studie einsehen will, kann ein Exemplar bei uns bestellen oder sie in Kürze auch im Internet als OpenSource einsehen.

Als Ergänzung zu dem Beitrag von Marut Perle sprachen der Historiker Stephan Linck („Die Verwaltung der Verfolgung - Über das polizeiliche Verhalten gegenüber den Sinti in Schleswig-Holstein vor und nach 1945) und der Vorsitzende des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Matthäus Weiss („Die Vergangenheit unserer Eltern prägt unsere Zukunft“) über Besonderheiten der Verfolgung in Schleswig-Holstein.

Besonders fesselnd war der Beitrag von Matthäus Weiss, der aus der Perspektive eines Kindes der Opfer sprach und davon berichtete, dass Sinti und Roma auch in Deutschland bis heute unter extremen Diskriminierungen zu leiden haben. Das Publikum zeigte sich sehr berührt von seinem persönlichen Bericht und so wurde auch nach Ende der Veranstaltung über dieses Thema weiterdiskutiert.

Insbesondere die drohenden Abschiebungen von tausenden Roma, Askali in das Kosovo geben in den letzten Wochen Anlass immer wieder genau hinzuschauen und zu hinterfragen.



Im Bild: Andrea Dallek vom Flüchtlingsrat und Marut Perle, Historiker und Verfasser der Studie

### **Die so genannte „Mittelstandsoffensive“ der Landesregierung**

Mal wieder wurde auf der Landtagssitzung der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft in Schleswig-Holstein hervorgehoben. Anlass war diesmal die Vorstellung der so genannten „Mittelstandsoffensive“ der Landesregierung. Unser wirtschaftspolitischer Sprecher Björn Thoroé kritisierte die Landesregierung scharf für deren Ideenlosigkeit, die auch weiterhin nur Mittelmaß hervorbringen werde. Die Landesregierung handele in der Realität besonders mit dem Abbau von Studienplätzen und der Weigerung sich für Mindestlöhne einzusetzen explizit gegen die Interessen des Mittelstandes. Stattdessen forderte Thoroé, die Mittel für die Investitionsbank, die mittelständische Beteiligungsgesellschaft und den Mittelstandsfonds massiv aufzustoßen. Außerdem wies er daraufhin, dass die bisherigen Beteiligungen des Landes am Mittelstand in Schleswig-Holstein schon jetzt mit 7% verzinst würden und damit eine lohnende öffentliche Investition seien. Damit werde deutlich, dass privat vor öffentlich eben doch nur ein dummes Dogma der FDP sei. Als weitere Maßnahme forderte DIE LINKE ein Programm zur Förderung von gleichberechtigten Genossenschaften, als einen Schritt langfristig den Gegensatz von Kapital und Arbeit zu überwinden. Langfristig den Gegensatz von Kapital und Arbeit überwinden und kurzfristig im Hier und Jetzt den Mittelstand zu stärken, dass sei LINKE Mittelstandspolitik in Schleswig-Holstein. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelstand arbeiteten und damit die Werte in unserem Land schufen. Der CDU fiel daraufhin nichts Besseres ein, als mal wieder die SED-Keule zu schwingen, was selbst von der SPD als lächerlich empfunden wurde. Der Fraktionsvorsitzende Heinz-Werner Jezewski wies in einem drei-Minuten-Beitrag darauf hin, dass die Wirtschaft in der DDR weiß Gott alles andere als demokratisch organisiert war.

### **Keine Kartografierung privater Funknetze**

Die Datenkrake Google sorgt fast täglich für neue Schlagzeilen. Zuletzt kam heraus, dass Google neben dem Abfotografieren von ganzen Straßenzügen für den Internetdienst Google Street View, auch Daten von privaten Funknetzen, d.h. W-LAN-Anschlüssen speicherte und dabei angeblich aus Versehen sogar extrem private Daten wie z.B. E-Mail speicherte.

In den Landtag wurden nun unterschiedliche Anträge eingereicht. Wir forderten in unserem Antrag, dass endlich eine rechtliche Regelung geschaffen wird, die es Google und ähnlichen Betreibern verbietet,

## Abschlussdemonstration

### **Der gekündigten Mitarbeiter der Kieler Nachrichten aus der Leihfirma Tabel**



Nach einem langen Arbeitskampf unter unterdrückenden Arbeitsbedingungen, vielen Existenzängsten und Psychospielchen ist den Mitarbeitern des Druckzentrums Moorsee zum 30.6. gekündigt worden. Offensichtlich war die Gründung eines Betriebsrates der Grund für den Wechsel der Kieler Nachrichten zu einer noch günstigeren, noch prekäreren Verhältnissen fördernden, Leiharbeitsfirma. Uli Schippels und einige Fraktionsmitglieder nahmen an der gut besuchten Anschlussdemonstration gegen die Kündigung und Leiharbeit im Allgemeinen in der Kieler Innenstadt teil. Fraktion und Partei haben sich bereits zu Beginn der Arbeitskämpfe für die Belange der Tabel-Mitarbeiter in der Öffentlichkeit stark gemacht und sie bei ihren Protesten mit Wortbeiträgen, Druckerzeugnissen und ihrem Netzwerk unterstützt. Aus eigenem Antrieb und als Zeichen des Dankes für die Unterstützung ist ein großer Teil der Belegschaft geschlossen in die Partei eingetreten. Dort werden alle zusammen weiter gegen Leiharbeit und ausbeuterische Arbeitsbedingungen kämpfen. Es bleibt zu hoffen, dass die arbeitsrechtlichen Kämpfe vor Gericht zu Gunsten der nun 400 arbeitslosen Mitarbeiter noch weiter und womöglich finanziell gut ausgehen werden.



Im Bild: Fraktionspraktikant Jakob mit dem Abgeordneten Schippels  
Fotos: Hartmut Jensen

gewerbsmäßig kartografische oder planmäßige private Funk(netz)daten ohne die ausdrückliche vorherige Zustimmung der Betroffenen zu erfassen. Wenn dieses Verbot übertreten wird, dann sollte dies nach unserem Antrag auch zivil- und strafrechtlich sanktioniert werden. Außerdem war der Fraktion wichtig, dass Google die bereits gespeicherten Daten löschen muss und das auch überprüft wird. In der Plenarsitzung ergab sich ein diffuses Meinungsbild mit einem Antrag und drei Änderungsanträgen der Oppositionsparteien. Wir haben schließlich beschlossen bei diesem parteipolitischen Ränkespiel nicht mitzumachen. Weil unser Antrag, der nach unserer Meinung natürlich der Beste war, wegen parteipolitischen Taktieren keine Chance hatte durchzukommen, waren wir aus der Sache wegen nicht zu schade, CDU und FDP zu unterstützen, da der Antrag durchaus sinnvoll war.

### **Gemeinsamer Ethik- und Religionskundeunterricht**

Die LINKE setzte sich mit einem eigenen Antrag für gemeinsamen Ethik- und Religionskundeunterricht für eine Gleichberechtigung aller Konfessionen bzw. konfessionsloser SchülerInnen ein. Unter dem Motto Integration statt Ausgrenzung kritisiert sie die bisherige Situation in den Schulen. Innerhalb der Unterrichtsstrukturen öffentlicher Schulen wird die religiöse und weltanschauliche Vielfalt der Schülerschaft nicht ausreichend berücksichtigt. Ein konfessionell gebundener Unterricht an evangelischen oder katholischen Glaubensrichtungen ist nicht zeitgemäß. Die konfessionelle Zuordnung zu Unterrichtsfächer besitzt einen ausgrenzenden Charakter, dem entgegenzuwirken ist. Vielmehr ist ein kooperativ-konfessioneller und religionsvergleichender Unterricht erstrebenswert, der als Baustein der Integration verstanden werden kann und die Bedürfnisse der heterogenen SchülerInnen berücksichtigt. Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen können diesen Anspruch nicht erfüllen. „Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirchen als evangelischer und katholischer Religionsunterricht erteilt.“ (Runderlass Religionsunterricht an Schulen vom 21. Februar 1995) An den Grundschulen wird derzeit lediglich katholischer oder evangelischer Religionsunterricht angeboten. Ein „anderer Unterricht“ in einem gleichwertigen Sinn (Ethik/Philosophie) wird nicht bereitgestellt. Ab Klasse 5 soll für die Unterrichtung von konfessionslosen SchülerInnen bzw. SchülerInnen anderer Konfessionen der Philosophieunterricht als „anderer Unterricht“ erteilt werden. Hier wird die unzureichende Berücksichtigung anderer Glaubens- und Religionsgemeinschaften deutlich, die durch den gemeinsamen integrativen Unterricht aller SchülerInnen aufgehoben werden kann. Doch auch in Zukunft wird es keinen gemeinsamen Dialog im Unterricht geben. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Brisanz und enorme Wichtigkeit des Themas offenbarte sich auch als Gewissensfrage. Die sonst übliche Fraktionsdisziplin im Hinblick auf eine geschlossene Abstimmung wurde außer Kraft gesetzt. Auch die beantragte Ausschussüberweisung wurde abgewiesen, wenngleich auch wie aus den Reihen anderer Oppositionsparteien festgestellt, die Thematik dringend debattiert werden muss.



### **Abgeordnetengesetz - Kürzen geht auch anders**

Abschließend diskutierte der Landtag über Änderungen zum Abgeordnetengesetz. Die regierungstragenden Fraktionen hatten eine entsprechende Gesetzesänderung eingebracht, um zu dokumentieren, dass sich auch der Landtag den Gürtel enger schnallt. Allerdings ist die Kürzung kaum zu spüren. Insgesamt werden über 8,74 Millionen Euro pro Jahr für die Abgeordneten ausgegeben, CDU und FDP wollten gerade mal gut 100.000 Euro sparen. So sollen die sogenannten Funktionszulagen für den Landtagspräsidenten und seine vier Stellvertreter gekürzt werden. Gleiches gilt für die sechs Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen GeschäftsführerInnen. DIE LINKE hatte einen alternativen Gesetzesvorschlag eingebracht. Alle Abgeordneten sollten 750 Euro abgeben, die Funktionszulagen anders gewichtet, gekürzt und vor allem die zusätzlichen Kosten für Fraktionsvorsitz und Parlamentarische Geschäftsführung in die Fraktionshaushalte verlagert werden. Dadurch würde das Land ca. 850.000 Euro sparen. Die anderen Fraktionen wollten da nicht mitziehen. Allerdings haben zwei Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der LINKEN zugestimmt. Ansonsten sind viele Nebelkerzen geworfen worden. SSW, SPD und Grüne beklagten, dass es keinen gemeinsamen Vorschlag aller Fraktionen gab, die Regierungsfaktionen seien einfach vorgeprescht. Auch die Regierung solle beim Sparen beteiligt werden. Entsprechende Anträge von SSW und SPD wurden von der Regierungsmehrheit abgelehnt bzw. zur weiteren Beratung vertagt. Eine Randnotiz ist noch bemerkenswert. CDU und FDP haben den Gesetzesentwurf gegenüber ihrem Ursprungsentwurf noch einmal abgemildert, so dass der Abzug bei den Fraktionsvorsitzenden nicht mehr 700 Euro ausmacht, sondern nur ca. 540 EUR. Zur Zeit bekommen Fraktionsvorsitzende eine Diät in Höhe von 12.600 Euro. Da scheint der Kampf um jeden Euro nur noch der Koalition rational.

## Einladung

### Newroz 2010 – Eine Reise nach Kurdistan

Fotoausstellung von Karin Desmarowitz mit einem Reisebericht von Björn Thoro, MdL, Fraktion Die Linke und Norbert Hackbusch, MdHB, Fraktion DIE LINKE



**Eröffnung am 8. September 2010, 19 Uhr**  
Mit kurdischem Imbiss und traditioneller musikalischer Unternehmung.

In Kooperation mit: Deutsch-kurdische Gesellschaft e.V.  
Rosa-Luxemburg Stiftung  
Fraktion DIE LINKE HH



Landeshaus Kiel,  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Dauer der Ausstellung:  
9. Sept. - 5. Okt.  
Öffnungszeiten:  
Mo-Fr 10-17 Uhr

## Impressum:

### Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag

V.i.S.d.P.:  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Ramona Hall  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
Telefon 0431 / 988 16 12  
Telefax 0431/ 988 16 18  
hall@linksfraktion-sh.de

Redaktionelle Beiträge:  
Julia Nüss, Dana Tegge,  
Surya Stülpe, Dr. Thomas Herrmann

## Frauen in Führungspositionen!

Frauen in Führungspositionen gibt es zu wenige! Trotz hoher Qualifikation. Trotz hoher Einsatzbereitschaft. Trotz der grundgesetzlichen Verpflichtung des Staates, die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern. Dazu gehört nach bundesverfassungsgerichtlicher Rechtsprechung auch der Schutz vor Diskriminierung und Förderung eines Lebens, das frei von einschränkenden Geschlechterrollen ist und das Recht auf gleiche Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Debatten der letzten Wochen der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz und der Justizministerinnenkonferenz der Länder sowie die Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag über eine Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten deutscher Unternehmen beleuchtet diese Problematik. Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag, forderte in diesem Rahmen die deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen der Wirtschaft, der Politik, aber auch in der öffentlichen Verwaltung. Um Frauen überhaupt den Weg in die Führungsetagen zu ebneten, ist Ranka Prante für die sofortige Einführung einer verpflichtenden, sanktionsbewehrten Quote, da die Vergangenheit deutlich gezeigt hat, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht umgesetzt wird und damit nicht zur Geschlechtergerechtigkeit in Führungspositionen führt.

## 100 % Strom aus Erneuerbaren Energien

Ranka Prante hält das Energiekonzept der Landesregierung für eine Mogelpackung. Der Landtag bat auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses „100 % Strom aus erneuerbaren Energien“. In diesem Bericht verweist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr auf das im März 2010 vorgestellte Energiekonzept. Dieses Energiekonzept behandelt aber nicht nur die erneuerbaren Energien. Offenbar wird von der Landesregierung besonders, wenn auch nur unter den Decknamen „Brückentechnologie“, auf Atom und Kohle gesetzt. Allein deshalb kann der Verweis auf das Energiekonzept nicht als Antwort auf den Antrag gesehen werden. Abgesehen davon, ergeben sich innerhalb des Konzeptes eklatante Widersprüche. So wird innerhalb des Energiekonzeptes die Zielsetzung herausgegeben, Energieversorgung zuverlässig, bezahlbar und klimafreundlich zu gestalten, jedoch ist schon die Nutzung von Kernkraft in keinsten Weise geeignet, die Versorgungssicherheit, die Preisgestaltung und den Klimaschutz zu verbessern. Vielmehr birgt die Nukleartechnik hohe Risiken für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt. Die Atomtechnik ist nicht beherrschbar und führt zu Missbrauch; eine sichere Endlagerung ist kaum realisierbar. Obwohl in Schleswig-Holstein schon im Jahre 2020 deutlich mehr regenerativer Strom erzeugt, als verbraucht wird, sollen zwei momentan still gelegte Atomkraftwerke wieder in Betrieb genommen werden. Dies macht deutlich, dass das Ziel der Landesregierung der Export von atomar erzeugtem Strom ist. Auch werden Kohlekraftwerke begrüßt, jedoch wird gleichzeitig erkannt, dass diese nicht kompatibel sind, mit den langfristigen Klimaschutzziele. Der Bericht verkennt somit, dass eine bezahlbare und umweltgerechte Energieversorgung auf erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung basiert und sich nach den Bedürfnissen der BürgerInnen statt an der Wirtschaft orientieren muss! Dies betonte Ranka Prante in ihrer Rede.

## Kostendeckende Gebühren zur Lebensmittelüberwachung einführen

Ellen Streitböhrer, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion, sprach sich in ihrer Rede klar gegen die Einführung einer kostendeckenden Gebühr zur Lebensmittelüberwachung aus. Die LINKE stimmte gegen den Antrag des SSW, der vorsieht alle Kosten für die amtlichen Kontrollen von Lebensmitteln den entsprechenden Betrieben zu übertragen. Dabei wird nicht mehr, wie bisher, zwischen beanstandeten und nicht beanstandeten Betrieben unterschieden, sondern eine Gebühr pauschal erhoben. Ziel ist es, die bisher nicht in ausreichender Häufigkeit durchgeführten Kontrollen den Vorgaben der EU-Richtlinien anzupassen. Eine höher frequentierte Kontrolle sei aufgrund der Haushaltslage ohne Beteiligung der Betriebe an den Kosten nicht umsetzbar. Die LINKE unterstützt die Forderung nach mehr Lebensmittelkontrollen, da es auch in jüngster Vergangenheit immer wieder Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz gegeben hat. Für die Verbraucher muss ein ausreichender Schutz durch entsprechende Kontrollen gewährleistet werden. Jedoch dürfen die Kosten nach Ansicht der LINKEN nicht direkt an alle Betriebe weitergegeben werden. Letztlich würden sich die Mehrausgaben der Betriebe wieder in den höheren Lebensmittelpreisen nieder schlagen und so vom Endverbraucher getragen werden müssen.



Ordnungsgemäß geführte Betriebe dürfen nicht durch zusätzliche Kosten bestraft werden. Es muss nach einer gerechten Lösung gesucht werden, die anstandslos geführte Betriebe entlastet und mangelhafte Unternehmertätigkeiten stärker zur Rechenschaft zieht.